

Zwischen Abhängigkeit und Verwundbarkeit: Gas als sicherheitspolitisches Risiko

Hintergrundpapier, Februar 2026

Dieses Hintergrundpapier zeigt auf, warum fossiles Gas keine „Brückentechnologie“ ist, sondern ein Risiko, und warum jede weitere Investition in Gasinfrastruktur bestehende Verwundbarkeiten verlängert und Klima- sowie Sicherheitsziele untergräbt.

Die Energiekrise infolge des russischen Angriffskriegs hat es deutlich gemacht: Fossile Abhängigkeiten bergen ein sicherheitspolitisches Risiko. Die deutsche und europäische Gasversorgung bleibt trotz des Ausstiegs aus russischem Gas strategisch verwundbar. Die Diversifizierung konzentriert sich auf wenige Länder; LNG-Lieferungen aus den USA und dem Nahen Osten verschieben die Abhängigkeit lediglich, statt sie zu verringern, und machen Deutschland gleichzeitig anfällig für volatile Preise auf dem globalen Gasmarkt. Jede weitere Investition in fossile Gasinfrastruktur verlängert bestehende Verwundbarkeiten und untergräbt sowohl Klima- als auch Sicherheitsziele.

Energiesouveränität erfordert daher den konsequenten Ausstieg aus fossilem Gas bis 2040, vollständige Stromversorgung aus erneuerbaren Energien bis 2035, Elektrifizierung, Effizienzsteigerung und regionale, bürgernahe Energiesysteme. Es liegt daher nicht nur aus ökologischer und ökonomischer, sondern auch aus sicherheitspolitischer Sicht im Interesse Deutschlands und der EU, die Klimakrise schnell zu begrenzen und die Dekarbonisierung stark zu beschleunigen: Wer Sicherheit denkt, muss Klima mitdenken.

Energie als Sicherheitsthema

Energiefragen sind zunehmend Teil der internationalen Sicherheitspolitik. Spätestens seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine gelten Energieträger wie Gas nicht mehr nur als wirtschaftliche Ressource, sondern als geopolitisches Machtinstrument. Energiesicherheit bedeutet dabei nicht nur eine sichere und bezahlbare Energieversorgung, sondern auch die Fähigkeit des Staates, politische Entscheidungen unabhängig von externem Druck treffen zu können.

Deutschland verbrauchte 2024 rund 80,6 Milliarden Kubikmeter fossiles Gas: 29 Milliarden Kubikmeter in der Industrie, 24 Milliarden Kubikmeter in privaten Haushalten, 9,5 Milliarden Kubikmeter in Gewerbe, Handel und Dienstleistungen sowie 16 Milliarden Kubikmeter in Strom- und Fernwärmeerzeugung. Der Gesamtverbrauch entspricht damit über 800 voll beladenen LNG-Tankern. Rund ein Drittel des gesamten Gasverbrauchs entfällt

somit auf die Industrie. Weil industrielle Produktion, Arbeitsplätze und wirtschaftliche Stabilität stark von Gas abhängen, stellt Deutschlands Importquote von über 90 Prozent ein sicherheitspolitisches Risiko dar. Vor allem bei der Wärmeversorgung sind auch private Haushalte weiterhin stark von Gas abhängig. Da mehr als die Hälfte des Gasverbrauchs in langfristig gebundener Infrastruktur stattfindet, etwa in Industrieanlagen und Wärmenetzen, muss der Ausstieg aus Gas frühzeitig und entschlossen folgen.

Gas als strategisches Risiko

Diese strukturelle Bindung erhöht die strategische Verwundbarkeit: Hohe Importabhängigkeit kombiniert mit langlebiger Infrastruktur macht Deutschland anfällig für Lieferausfälle, Preisschocks und politische Einflussnahme – mit direkten Folgen für Versorgungssicherheit und staatliche Handlungsfähigkeit.

Als Reaktion auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine stoppte Russland 2022 gezielt Gaslieferungen nach Europa und machte damit die sicherheitspolitischen Folgen fossiler Abhängigkeiten sichtbar. Die Gaspreise schossen auf ein Vielfaches des Vorkrisenniveaus, energieintensive Industrien gerieten unter massiven Druck, und europäische Staaten mussten milliardenschwere Hilfspakete bereitstellen. Die Krise war kein Marktversagen, sondern das Ergebnis bewusster politischer Entscheidungen. Selbst formell „zuverlässige“ Lieferbeziehungen garantieren keine Sicherheit, solange sie auf politisch beeinflussbaren Exportstrukturen beruhen.

EU-Importverbot für russisches Gas

Die EU hat beschlossen, spätestens Ende 2027 vollständig aus russischem Gas auszusteigen. Ab Frühjahr 2026 dürfen keine neuen Gaslieferverträge mit Russland mehr abgeschlossen werden. Bestehende kurzfristige Verträge laufen noch 2026 aus – für russisches LNG am 25. April 2026, für Pipeline-Gas am 17. Juni 2026. Für langfristige Verträge gelten Übergangsfristen, um Versorgungslücken zu vermeiden: LNG-Lieferungen müssen bis 1. Januar 2027, Pipeline-Gas spätestens bis 30. September 2027 beendet werden. Mit diesem Fahrplan setzt die EU auf ein klares Signal für mehr sicherheitspolitische Resilienz.

Trotz dieses Kurswechsels entfielen 2024 noch 17 Prozent des EU-Gasimportwerts auf Russland, rund 17,1 Milliarden Euro. Monatlich flossen rund 1,5 Milliarden Euro an Russland – Einnahmen, die direkt staatliche Strukturen und den Krieg mitfinanzierten. Laut der EU machte russisches Gas 2025 noch rund 13 Prozent der Importe aus – über 15 Milliarden Euro. Die Union bleibt damit erheblich abhängig und verwundbar.

Neue Abhängigkeiten

Der Ausstieg aus russischem Gas hat Europas Abhängigkeit nicht beendet, sondern nur verlagert. Neue Lieferquellen bergen ähnliche Risiken: LNG-Importe aus den USA gelten vielfach fälschlicherweise als sichere Alternative, obwohl Energieexporte der USA unter der Trump-

Administration offen als geopolitisches Instrument genutzt wurden, flankiert von Zöllen und industriepolitischen Eingriffen.

2025 liefen rund 10 Prozent aller deutschen Gasimporte über LNG-Terminals, davon kamen etwa 96 Prozent aus den USA. Die US-Lieferungen dominierten praktisch den gesamten LNG-Zugang. Indirekte Lieferungen über belgische und niederländische Häfen erhöhen die Abhängigkeit zusätzlich. Auf EU-Ebene stammen inzwischen rund 60 Prozent des LNG aus den USA, was die strategische Verwundbarkeit Europas und Deutschlands erheblich erhöht. Im gleichen Jahr wurde ein 750 Milliarden Dollar schweres Handelsabkommen zwischen den USA und der EU abgeschlossen, um niedrigere Zölle auf Exporte in die USA zu sichern. Dies bindet Europa langfristig an US-Gas und verstärkt strukturelle Abhängigkeiten, da US-Energieexporte Teil einer bewussten Strategie zur globalen Energie-Dominanz sind. Die Trump-Regierung drängt weiterhin auf politische Änderungen in der EU, darunter auch auf eine Lockerung der Methanvorschriften.

Insgesamt machte LNG rund 45 Prozent der gesamten EU-Gasimporte aus und ist damit ein zentraler – sicherheitsrelevanter - Bestandteil der europäischen Gasversorgung. Die Konzentration auf wenige Lieferländer¹ bedeutet keine wirkliche Diversifizierung. Langfristige LNG-Lieferverträge, teils mit Laufzeiten bis 2045/46, und neue Infrastruktur binden Europa über Jahrzehnte an fossile Energien. Im Februar 2026 reist Bundeskanzler Merz nach Saudi-Arabien, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate, um neue LNG-Lieferverträge und Energiepartnerschaften auszuhandeln. Versuche zur Diversifizierung dürfen nicht zu neuen Abhängigkeiten von autoritären Regimen führen. Dies zeigt das Dilemma fossiler Verwundbarkeit: es erhöht nicht nur die Klimarisiken, sondern auch die politische Erpressbarkeit, da handels- und menschenrechtliche Standards zur Verhandlungsmasse werden.

Hinzu kommt, dass die EU offizielle Diversifizierungsziele stark auf Russland fokussiert, während andere dominante Lieferanten kaum kritisch bewertet werden – dies verschleiert die wirkliche strategische Verwundbarkeit.

LNG-Gasmarkt: volatil, global und krisenanfällig

Fossiles Erdgas – insbesondere LNG – wird häufig fälschlicherweise als stabilisierender Energieträger dargestellt. Tatsächlich bindet neue LNG-Infrastruktur Deutschland und Europa langfristig an fossile Energie und globale Marktbedingungen. Der Markt reagiert stark auf geopolitische Entwicklungen. So stiegen beispielsweise die europäischen Gas-großhandelspreise zwischen 2021 und 2022 drastisch: Der TTF-Preis² lag 2021 im Durchschnitt bei etwa 47 €/MWh und erreichte 2022 Mittelwerte von rund 132 €/MWh, mit Spitzen von über 300 €/MWh während der Krise. Zwar waren die Preise in den Jahren

¹ Laut Eurostat-Analysen für das erste Quartal 2025 entfielen rund 31% der EU-Gasimporte auf Norwegen, etwa 24% auf die USA und rund 14% auf Russland. Weitere Lieferanten waren Algerien (ca. 13%) und Katar (ca. 5%).

² Der TTF-Benchmarkpreis (Title Transfer Facility) ist der zentrale europäische Referenzpreis für Erdgas und gibt an, zu welchen Preisen Gas am niederländischen Handelsplatz gehandelt wird.

2024/25 relativ stabil, sie lagen jedoch weiterhin deutlich über dem Vorkrisenniveau und blieben damit hoch volatil.

Europa konkurriert auf dem LNG-Markt unter anderem direkt mit Asien. Bereits moderate Nachfragesteigerungen in China oder Japan können dazu führen, dass LNG-Lieferungen umgelenkt werden und Preise in Europa steigen – und umgekehrt wie in der Energiekrise. Hinzu kommen infrastrukturelle Risiken: Der technische Zustand und die Auslastung zentraler US-Exportterminals sowie Störungen wichtiger Schifffahrtsrouten (Panama- oder Suezkanal) haben unmittelbare Auswirkungen auf Preise und Verfügbarkeit. Geopolitische Spannungen im Nahen Osten und Angriffe auf Handelsschiffe im Roten Meer erhöhen das Risiko von Lieferunterbrechungen und Transportkostensteigerungen.

Ökonomische Umwelt- und Gesundheitsfolgen als Sicherheitsrisiko

Neben geopolitischen Risiken verursacht Gas erhebliche ökologische und gesundheitliche Schäden. Die Förderung von Fracking-Gas führt in Förderregionen wie in den USA zu Wasser- und Luftverschmutzung sowie zu nachweisbaren Gesundheitsbelastungen der lokalen Bevölkerung. Methan, das bei Förderung und Transport entweicht, ist über einen Zeitraum von 20 Jahren mehr als 80-mal klimaschädlicher als CO₂. In seinen Klimaschutz- und Minderungsszenarien zeigt der IPCC, dass die Emissionen aus bereits geplanter und bestehender fossiler Infrastruktur das verbleibende CO₂-Budget für 1,5 °C überschreiten würden. Somit lässt sich ableiten, dass neue fossile Infrastruktur dieses Ziel weiter gefährdet bzw. Unvereinbar macht, sofern sie nicht sehr früh stillgelegt oder mit äußerst fragwürdigen Abscheide- und Speichersystemen kombiniert wird.

Darüber hinaus sind besonders verwundbare Bevölkerungsgruppen in den USA direkt betroffen: Menschen, die in der Nähe von LNG-Terminals und anderer fossiler Infrastruktur leben, leiden unter Gesundheitsbelastungen, während gleichzeitig viele einkommensschwache Haushalte unter drastisch steigenden Energiepreisen leiden. Bereits in den ersten Jahren der Trump-Administration trugen die politischen Entscheidungen zur US-LNG-Expansion wesentlich zu höheren Energiepreisen bei, und es wird erwartet, dass diese Belastung für Haushalte und Unternehmen 2026 weiter steigt. Jede weitere Förderung von US-LNG, etwa im Golf von Mexiko, würde Verbraucherinnen und Verbraucher in den USA zusätzlich exponieren und sie stärker den volatilen globalen Rohstoffmärkten aussetzen.

Die Klimakrise wirkt zudem als sicherheitspolitischer Risikomultiplikator: Nationale Risikoanalysen wie die „Nationale Interdisziplinäre Klimarisiko-Einschätzung“ zeigen, dass der Klimawandel Gesundheit, Infrastruktur, Wirtschaft und gesellschaftliche Stabilität gefährdet und Migration, Konflikte um Ressourcen sowie geopolitische Spannungen verstärken kann, auch mit direkten Auswirkungen für Deutschland und Europa. Bis 2040 sind auch innerhalb der EU zunehmende politische, wirtschaftliche und soziale Spannungen zu erwarten, etwa durch Ernteaussfälle oder den Rückgang klimaanfälliger Wirtschaftssektoren wie des Tourismus. Gleichzeitig verändert eine stärker werdende Klimakrise internationale Handels- und Machtbeziehungen und hat damit eine klare geopolitische Dimension.

Folgende Quellen wurden für die Erstellung genutzt:

- Metis Institut für Strategie und Vorausschau der Universität der Bundeswehr München, das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung sowie adelphi research, gemeinsam mit dem Bundesnachrichtendienst: [Nationale Interdisziplinäre Klimarisiko-Einschätzung](#) (2025)
- EU: [Russian gas imports: Council gives final green light to a stepwise ban](#) (2026)
- Ecologic: [Europe's Blindness on Gas: US LNG and the Limits of Supply Diversification](#) (2026)
- DGAP: [European Energy Security Amid Blackmail, Dependency, and Dominance](#) (2026)
- IEEFA: [EU new energy dependence: US could supply 80% LNG imports by 2030](#) (2026)
- BDEW: [BDEW-Gaspreisanalyse – Entwicklung & Einflussfaktoren | BDEW](#) (2026)
- Ifo Institut und ifo Schnelldienst 11/2025
- DUH: [Atlas der Zerstörung](#) (2025)

IMPRESSUM

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Bundesgeschäftsstelle | Kaiserin-Augusta-Allee 5 | 10553 Berlin
Tel. +49 30 27586-40 | bund@bund.net | V.i.S.d.P.: Nicole Anton
Kontakt: [susann.scherbarth\[at\]bund.net](mailto:susann.scherbarth[at]bund.net) | Stand: Februar/2026

www.bund.net

